

Veröffentlicht als Gastkommentar (20. September 2022) bei



Die 25.000 Euro-Frage

Alarmstufe Rot in der deutschen Wirtschaft

Ein Gastbeitrag von Marco Herrmann

Nachdem monatelang darüber spekuliert wurde, ist es nun amtlich: Russland dreht den Gashahn an der Nord Stream 1 Pipeline auf unbestimmte Zeit zu. Deutschland steht vor schwierigen Zeiten. Es droht nicht nur ein kalter Winter, sondern eine (industrielle) Eiszeit.

Im vergangenen Jahr hat die Bundesrepublik ihren Gasbedarf zu 55 Prozent über Pipelines aus Russland bezogen. Heute sind es weniger als zehn Prozent. Man kann es als Erfolg feiern, dass es Habeck und Co. innerhalb weniger Monate voraussichtlich gelungen ist, alternative Bezugsquellen, primär Flüssiggas (LNG), für den deutschen Energiehunger aufzutreiben, um die Menschen vor einem kalten Winter zu schützen.



Marco Herrmann ist seit 1992 für renommierte Banken und Fondsgesellschaften tätig. Seit 2010 verantwortet er als Geschäftsführer die Anlagestrategie der FIDUKA.

Nüchtern betrachtet steht die deutsche Industrielandschaft dennoch vor einschneidenden Veränderungen. LNG war in der Vergangenheit rund zwei- bis dreimal teurer als russisches Pipeline-Gas. Das wäre schon ein happiger Aufschlag auf der Energierechnung. Im Zuge der Energiekrise sind nun aber zum Beispiel in den USA die Preise für Gas von rund drei US-Dollar pro MMBTU (million British thermal units = eine Einheit für den Energiegehalt) auf mehr als acht Dollar gestiegen. Somit ist eher mit mindestens viermal höheren Kosten als früher zu rechnen. Natürlich sind unsere Unternehmen nicht untätig und werden, wo es geht, Gas durch andere Energieträger ersetzen, um wenigstens teilweise die Belastungen zu reduzieren. So befindet sich beispielsweise der Preis für Rohöl in halbwegs gewohnten Größenordnungen.

Windpark lässt sich nicht über Nacht bauen

Allerdings ist auch beim Strom für die Industrie mit einer Kostenexplosion zu rechnen – da werden auch die von der EU angedachten Maßnahmen nicht viel ändern. Bis die erneuerbaren Energiequellen so weit ausgebaut sind, um nennenswerte Kostenentlastungen zu bringen, wird es eher zehn bis 15 Jahre dauern – ein Windpark lässt sich eben nicht über Nacht bauen – während gleichzeitig die Strom-Nachfrage wegen des Wachstums bei E-Autos und Wärmepumpen spürbar zunimmt.

Aufgrund der massiv gestiegenen Energiekosten hat bereits jeder zehnte mittelständische Industriebetrieb die Produktion gedrosselt – so das Ergebnis einer Umfrage des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). Große Energieverbraucher wie Stahl- oder Chemie-Konzerne haben sogar bereits mit der Stilllegung von Produktionsstätten reagiert – allein die Stromkosten für die Produktion von Aluminium in Deutschland sind um ein Vielfaches höher als der Metallpreis auf dem Weltmarkt. Auch das für Dieselfahrzeuge wichtige Adblue lässt sich in Deutschland mittlerweile nicht mehr kostendeckend herstellen. Der Hersteller von Toilettenpapier Hakle hat sogar bereits Insolvenz angemeldet.

In den zurückliegenden zwölf Monaten waren die deutschen Unternehmen noch gut geschützt, weil wegen der Schwierigkeiten in den globalen Lieferketten günstigere ausländische Wettbewerber nur im geringen Umfang nach Deutschland exportieren konnten. Doch das ändert sich nun allmählich. Preiserhöhungen zum Kostenausgleich wie zuletzt werden daher immer weniger durchsetzbar sein.

Die De-Industrialisierung wird in den nächsten Monaten an Tempo zulegen. Zunächst wird es die Wirtschaft noch mit Kurzarbeit versuchen, doch angesichts der dauerhaften Kostensteigerungen werden recht bald Werke komplett geschlossen werden. In der Folge steht Deutschland vor einem strukturellen Arbeitsplatzabbau.

Die Bundesrepublik verliert immer weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Sehr bitter, denn eigentlich sollten aufgrund der Lehren aus der Corona-Pandemie wichtige Produkte wieder in Europa und nicht mehr in Asien hergestellt werden. Die hierfür notwendigen Investitionen werden nun wohl kaum in Deutschland stattfinden. Andere Länder in Europa und die USA sind attraktivere, günstigere Standorte. Insgesamt ist daher in Deutschland mit weniger Wachstum in den kommenden Jahren zu rechnen.

Anstatt grundlegende Änderungen in der Industriepolitik vorzunehmen, zeigen unsere Politiker zurzeit leider sehr deutlich, dass sie nicht verstehen, wie Wirtschaft funktioniert. Die bislang vorgeschlagenen Maßnahmen greifen nicht das Problem an der Wurzel an, sondern sind eher leichte Schmerzmittel. Auf Dauer ist das keine Lösung.

Die 25.000 Euro-Frage

In jedem Land haben Anleger in der Regel einen Home-bias, das heißt, sie investieren überwiegend in Aktien des eigenen Landes. Es ist nicht alles schlecht in Deutschland und einige Unternehmen werden nur geringfügig von der Energiekrise betroffen sein. Doch angesichts der trüben Aussicht für die deutsche Wirtschaft sollte die Geldanlage internationaler aufgestellt werden. Ohnehin hat sich eine breite Diversifikation in der Vergangenheit gewinnbringend ausgezahlt – mehr Rendite bei weniger Risiko. Am besten erreichen dies Anleger über eine hohe Streuung per ETFs oder Fonds.

In unsicheren Zeiten wie diesen, gilt die Maxime auf Sachwerte wie Aktien zu setzen, deren Depotanteil durchaus über 50 Prozent liegen darf. Anleihen sollten zurzeit nur eine kleine Rolle im Portfolio spielen, weil die weiter steigenden Leitzinsen die Anleihenkurse gedrückt halten werden und ein Inflationsausgleich auf Jahre hin nicht möglich sein wird. Einzelne Unternehmensanleihen sind durchaus attraktiv, aber bevorzugt sollte die Liquidität auf Festgeldkonten geparkt werden, wo es endlich keine Strafzinsen mehr gibt. In den kommenden Monaten wird es am Aktienmarkt sicherlich immer wieder gute Möglichkeiten zur Aufstockung bei niedrigeren Kursen geben. Ergänzend dazu bietet sich ein kleiner Anteil Gold an – so im Bereich von fünf Prozent.

www.fiduka.com

Disclaimer

Diese Publikation dient nur zu Informationszwecken und zur Nutzung durch den Empfänger. Sie stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung seitens oder im Auftrag der FIDUKA zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder Investmentfonds dar. Die in der vorliegenden Publikation enthaltenen Informationen wurden aus Quellen zusammengetragen, die als zuverlässig gelten. Die FIDUKA gibt jedoch keine Gewähr hinsichtlich deren Zuverlässigkeit und Vollständigkeit und lehnt jede Haftung für Verluste ab, die sich aus der Verwendung dieser Information ergeben.